



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Kommunalentwicklung und
Beratung
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes

gemäß Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes in Sachsen-Anhalt (Förderrichtlinie Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes in Sachsen-Anhalt)

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Landkreis, kreisfreie Stadt, Gemeinde, Gemeindeverband, Verwaltungsgemeinschaft oder kommunaler Zweckverband | <input type="checkbox"/> staatliche Stiftung des öffentlichen Rechts |
| <input type="checkbox"/> Körperschaft des öffentlichen Rechts | <input type="checkbox"/> staatlich anerkannte Glaubens- oder Religionsgemeinschaft |
| <input type="checkbox"/> Anstalt des öffentlichen Rechts | <input type="checkbox"/> gemeinnütziger Verein/Verband |

1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)		Gründungsdatum*
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Branche/Tätigkeitsbereich*		Landkreis/Gemeindenummer
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail		Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)
Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)		Registergericht (falls vorhanden)

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %

* nicht anzugeben bei Kommunen

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Förderbereich

Archive

Bibliotheken

Museen, Sammlungen

2.3 Vorhabenbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.4 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes
Ende des
Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

Hinweis:

Mit dem Vorhaben darf noch nicht vor Bewilligung begonnen worden sein (siehe zudem Ziffer 6 b) dieses Antrags).

2.5 Gegenstand des Vorhabens

Durchführung von Zustandserhebungen
(Schadenskataster)

fachgerechte Verpackung in alterungsbeständige
Kartonagen

Entwicklung eines einrichtungsbezogenen
Bestandserhaltungskonzepts

Erst-, Ersatz- und Ergänzungsausstattungen von mobilen
Erstversorgungszentren

Trockenreinigung und Dekontaminierung vor der
Entsäuerung

Einsatzübungen von Notfallverbänden kulturverwahrnder
Einrichtungen

Entsäuerung durch technische Massenverfahren

2.6 Wird für das Vorhaben eine Kofinanzierung aus dem BKM-Sonderprogramm beabsichtigt?

Ja

Nein

2.7 Befindet sich das schriftliche Kulturgut im Eigentum des Antragstellers?

Ja

Nein

Hinweis: Wenn nein, bitte Nachweis über Einverständnis des Depositiergebers beifügen!

2.9 Ist das schriftliche Kulturgut öffentlich zugänglich und wird es im Land Sachsen-Anhalt verwahrt?

Ja

Nein

2.10 Besteht an der Förderung des Vorhabens ein erhebliches Landesinteresse?

Ja

Nein

Hinweis: Wenn ja, bitte Begründung beifügen!

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

davon Investitionen

davon Sachausgaben

davon Personalausgaben

davon Dienstleistungen Dritter

3.2 Aufteilung der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nach Jahren (in Euro)

Jahr	geplante Gesamtausgaben
------	-------------------------

20

20

Summe

3.3 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel

davon bare Eigenmittel

davon Eigenarbeitsleistung

Beantragte Zuwendung

Fremdmittel

davon Fördermittel des BKM-Sonderprogrammes (falls beantragt)

davon weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)

davon sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)

Summe der Finanzierungsmittel

4. ERKLÄRUNG ZUR BEIHILFERELEVANZ (Zutreffendes bitte ankreuzen)

		ja ¹	nein
4.1	Die geförderte Kultureinrichtung wird nicht intensiv außerhalb ihres regionalen Einzugsgebietes beworben und zieht dadurch keine Besucher aus anderen Mitgliedsstaaten an.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.2 (A)	Ich/Wir erkläre(n), dass das im Rahmen des Zuschussprogrammes geförderte und zu erhaltende schriftliche Kulturgut der Öffentlichkeit kostenlos zugänglich gemacht wird und rein soziale, kulturelle und wissenschaftliche Zwecke erfüllt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(B)	alternativ:		
	Die Gesamtausgaben der Investition und für den Betrieb der Einrichtung betragen	<input type="text"/>	Euro
	Der Anteil des von Besuchern bzw. Teilnehmern erhobenen finanziellen Beitrags (ggf. zusätzlicher anderer kommerzieller Mittel) für den Betrieb der Einrichtung beträgt auf der Grundlage einer realistischen Prognose	<input type="text"/>	Euro
	Ich/Wir erkläre(n), dass der prozentuale Anteil der kommerziellen Einnahmen nicht mehr als 50% der tatsächlichen Gesamtkosten des Betriebs der Einrichtung beträgt. Es handelt sich demnach um eine Aktivität nichtwirtschaftlicher Art. Eine Aufstellung über kommerzielle Einnahmen und Gesamtkosten, wurde dem Antrag beigefügt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

6. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- Mir/Uns sind die geltende Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes in Sachsen-Anhalt (Erl. des MI vom 14.12.2020 – MBl. LSA Nr. 45/2020 vom 28.12.2020, S. 501 - in der jeweils gültigen Fassung) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus der o. g. Richtlinie sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.
- Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/ wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen, es sei denn, ich/ wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Mir/ uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits die Erteilung eines verbindlichen Auftrages oder einer verbindlichen Zusage sowie der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.
- Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- Ich/Wir erkläre(n), dass das Vorhaben nicht auf eine Gewinnerzielung ausgerichtet ist und mit der Umsetzung keine erhebliche Steigerung von Gebühren- oder anderen Einnahmen zu erwarten ist.
- Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.

¹ Sofern Sie kein Feld mit „ja“ beantwortet haben, reichen Sie bitte die Erklärung des Unternehmers zur Frage eines Unternehmens in Schwierigkeiten (IB-Formblatt) ein.

- j) Nur sofern eine Beihilfe auf Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) für kulturelle Einrichtungen beantragt wird: Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.
- k) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- l) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- m) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- n) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.
- Ja Nein
- o) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 1.1, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 2.6, 2.7, 2.8, 2.9, 2.10, 3.1, 3.2, 3.3, 4. und 6 a), 6 b), 6 c), 6 d), 6 e), 6 f), 6 g), 6 h), 6 i), 6 j), 6 k), 6 l), 6 m), 6 n) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 11., 12., 13., 14., 16., 17., 18. und 19. beizufügenden Unterlagen. Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)